

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Grenzen der Entwicklungsfähigkeit unserer Demokratie

Die Frage des Staatsvertragsreferendums ist erneut aufgeworfen worden – Landtagspräsident spricht sich gegen Verfassungsänderung aus

Über die Möglichkeit zur Mitwirkung des Volkes beim Abschluss von Staatsverträgen, insbesondere bei einem allfälligen Beitritt unseres Landes zu den Vereinten Nationen, sind die Positionen bezogen worden. Der Bericht der Regierung über «Die Beziehungen des Fürstentums Liechtenstein zu den Vereinten Nationen» hält im Gegensatz zu den übrigen eher vagen Äusserungen in erstaunlicher Deutlichkeit fest, dass das Staatsvertragsreferendum unserer Verfassung fremd und der Landtag nicht befugt sei, hinsichtlich eines Beitritts unseres Landes zur UNO eine Volksabstimmung zu veranlassen. Und nun hat im Rahmen der Festsetzung des Landtags zum 50jährigen Regierungsjubiläum des Landesfürsten Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter auch den Versuch zur Einführung des Staatsvertragsreferendums über eine Verfassungsänderung als Widerspruch zum Geist unserer Verfassung bezeichnet.

Die Frage des Beitritts unseres Landes zu den Vereinten Nationen dürfte die zuständigen Behörden und die interessierte Bevölkerung im kommenden Herbst und Winter geraume Zeit beschäftigen. Die Regierung hat ihren Bericht über «Die Beziehungen des Fürstentums Liechtenstein zu den Vereinten Nationen» zwar vor der Sommerpause noch vorgelegt, doch die Diskussion darüber und vor allem das parlamentarische Verfahren auf einen spätern Zeitpunkt verlagert. Der Bericht, der durch eine illustrierte «Volksausgabe» in lesbarer und attraktiverer Form ergänzt werden soll, dient nach Auffassung der Regierung der Meinungsbildung in der liechtensteinischen Bevölkerung.

Mitbeteiligung des Volkes?

In welcher Form das Volk, letztlich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, an der endgültigen Entscheidung über den Beitritt unseres Landes zur UNO mitbeteiligt werden kann, steht zur Zeit noch nicht gesichert fest. Mit der Streuung des UNO-Berichtes in der interessierten Bevölkerung und der Aufforderung zur Meinungsbildung in dieser Frage erweckt die Regierung den Eindruck, als ob ein Mitspracherecht oder Mitentscheidungsrecht des Volkes bestehe, ohne allerdings konkret dieses Recht zu definieren oder abzugrenzen. In negativer Form geht der Bericht der Regierung allerdings auf diese Frage ein, indem er im letzten Kapitel mit aller Deutlichkeit festschreibt, dass nach eingehender Überprüfung des Problems des innerstaatlichen Verfahrens eine direkte Mitwirkung über eine Volksabstimmung nicht möglich sei. Gestützt

auf die verfassungsgeschichtlichen, verfassungsdogmatischen und verfassungsvergleichenden Rechtsgutachten zieht die Regierung die Schlussfolgerung, dass für den Beitritt zur UNO, wie bei allen Staatsverträgen, die Kompetenz beim Landtag liege.

Änderung der Verfassung?

In ähnlicher Weise hatte sich auch S. D. Erbprinz Hans Adam in seiner diesjährigen Thronrede zur Eröffnung des Landtags geäußert, denn aber doch zu verstehen gegeben, dass das Volk nicht grundsätzlich von jeder ausserpolitischen Entscheidung ausgeschlossen werden sollte: «Es ist natürlich denkbar, dass der Landtag die Möglichkeit haben will, jede Entscheidung, die er trifft, dem Volk vorlegen zu können. Da der Landtag seine Staatsgewalt vom Volk ableitet, wäre dies von unserem Staatsaufbau grundsätzlich vertretbar. Es wäre aber dann vernünftiger, die Verfassung in diesem Punkt zu ändern und nicht solche Abstimmungen nur auf eine Interpretation der Verfassung gemäss Artikel 112 abzustützen.»

Dieser Auffassung hat nun Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter in seiner Festrede zum 50jährigen Regierungsjubiläum des Landesfürsten grundsätzlich widersprochen. Zwar erklärte er ebenfalls, dass «ein Staatsvertrag nicht entgegen einer deutlich zu Tage tretenden überwältigenden Volksmeinung abgeschlossen werden sollte», doch betonte er gleichzeitig, dass auch der Versuch zur Einführung eines Staatsvertragsreferendums durch Verfassungsänderung, etwa auf dem Wege einer Volksinitiative, dem Geist der Verfassung widersprechen würde: «Was in der republikanischen Schweiz seit der Partialrevision von 1921 möglich ist, nämlich das Staatsvertragsreferendum, müsste meines Erachtens als dem Geist unserer Verfassung widersprechender Fremdkörper beurteilt werden.»

Absage an demokratische Bestrebungen?

Mit seiner Stellungnahme, die an Klarheit und Deutlichkeit kaum Wünsche offenlässt, hat der Landtagspräsident so-

wohl den Vorstellungen des Erbprinzen als auch der Auffassung verschiedener Kreise in der Bevölkerung, die eine Verfassungsänderung zur Einführung des Staatsvertragsreferendums befürworten und gegebenenfalls die Lancierung einer Volksinitiative in Erwägung zogen, eine Absage erteilt. Der Präsident des Landtags stellte seine Betrachtung der Verfassungsrealität unter die Prämisse der «Grenzen der Entwicklungsfähigkeit unserer demokratischen Einrichtungen» und erklärte in diesem Zusammenhang, dass diese und auch die «Grenzen der Verfassungsänderung» dort erreicht seien, wo die Entwicklung der Demokratie den Geist der Verfassung verletzen würde.

Nun wird es darum gehen, einen Weg zu finden, das Volk an der Entscheidung über den UNO-Beitritt zu beteiligen, wie Regierung, Erbprinz und Landtagspräsident befürworten, auch wenn eine direkte Mitsprache und Mitentscheidung aus verfassungsmässigen Gründen nicht möglich ist. (G.M.)

Referendum gegen den Tunnel-Kredit

Wahrscheinlich kommt es im Herbst zu einer Volksabstimmung über den vom Landtag bewilligten Kredit über die Sanierung des Tunnels Triesenberg – Steg und die Erstellung eines Werkleitungstollens für die Ableitung des Abwassers aus dem Alpengebiet in Höhe von 6.8 Mio. Fr. Die Initiativegruppe Triesenberg hatte gegen diesen Landtagsbeschluss das Referendum ergriffen und Unterschriften gesammelt. Nach Angaben der Initiativegruppe ist die erforderliche Zahl von Unterschriften zustande gekommen. Die Unterschriften auf den Referendumsbögen müssen von den Gemeindekanzleien kontrolliert werden, dann erst kann vor Ablauf der Referendumsfrist die Einreichung des Begehrens bei der Regierungskanzlei erfolgen. Mit ihrer Unterschriftensammlung möchte die Initiativegruppe Triesenberg eine Überprüfung des Projektes anregen. Sie hält nach wie vor den Neubau eines Tunnels für die geeignetere Lösung als die Sanierung der bestehenden Tunnelröhre.

Stetige Entwicklung zum Dienstleistungsstaat

Deutliche Zunahme im Dienstleistungssektor seit den sechziger Jahren – Abnahme in der Landwirtschaft

Unser Land entwickelt sich zusehends zum Dienstleistungsstaat. Nach den Zahlen der Wohnbevölkerungsstatistik zeigt sich seit den sechziger Jahren eine enorme Entwicklung des Dienstleistungssektors, während die Zahl der Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft kräftig zurückgegangen ist.

Nach der neuesten Wohnbevölkerungsstatistik belief sich die Einwohnerzahl Ende 1987 auf 27 714 Personen. Seit 1960, als die Wohnbevölkerungszahl mit 16 628 ausgewiesen wurde, ergibt sich damit eine Zunahme um 66,7 Prozent. Die Wohnbevölkerung zeigte dabei eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung, denn 1970 wurden 21 350 Einwohner gezählt. 1980 waren es 25 215.

Hohe Erwerbsquote

Prozentual noch stärker als die Wohnbevölkerungszahl stieg seit 1960 die Zahl der Erwerbstätigen an. Wurden 1960 noch 7575 Erwerbstätige registriert, so waren es 1970 schon 10 243 und 1980 bereits 13 000. 1987 stieg die Zahl der erwerbstätigen Wohnbevölkerung auf 13 337 Personen an, womit sich im Zeitraum zwischen 1960 und 1987 eine Zunahme um 76 Prozent ergibt. Die Erwerbsquote ist im gleichen Zeitabschnitt

von 45,6 auf 48,1 Prozent angestiegen. Damit steht heute einem Anteil von 48,1 Prozent Erwerbstätigen eine Gruppe Nichterwerbstätiger im Umfang von 14 377 Personen oder 51,9 Prozent gegenüber.

Unterschiedliche Entwicklung

In den einzelnen Erwerbssektoren ergab sich seit 1960 eine unterschiedliche Entwicklung, die darauf schliessen lässt, dass sich unser Land auf dem Wege zum Dienstleistungssektor befindet. 1960 waren noch 962 Personen in der Land- und Forstwirtschaft tätig, deren Zahl 1970 auf 646 Personen und 1980 auf 517 Personen zurückging. Im letzten Jahr belief sich die Beschäftigungszahl im 1. Wirtschaftssektor noch auf 380 Personen. Im Zeitraum zwischen 1960 und 1987 ergibt dies einen Rückgang um 60,5 Prozent.

Anders die Entwicklung in Industrie, Handwerk und Baugewerbe: Von 1960 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im 2. Sektor von 4259 bis 1980 auf 6409 Personen an und fiel dann bis 1987 auf 5834 Personen zurück. Zwischen 1960 und 1987 ergibt sich aber dennoch eine Ausdehnung um 37 Prozent.

Trend zu Dienstleistungen

Im Gegensatz dazu ist die Zahl der

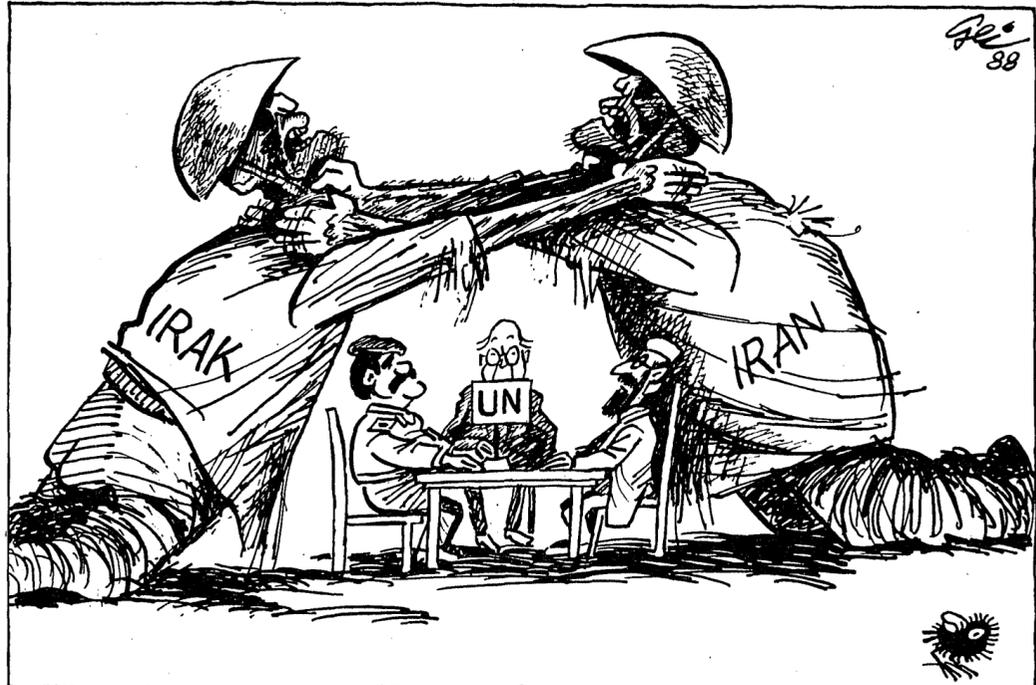
Beschäftigten in den Dienstleistungsunternehmen zwischen 1960 und 1987 ständig und stetig angestiegen. Im Jahre 1960 wurden noch 2354 Beschäftigte gezählt. 1970 waren es 3928 Personen. Bei der Volkszählung 1980 wurden 6074 Beschäftigte in Dienstleistungsbetrieben registriert, deren Zahl bis Ende 1987 auf 7123 Personen anstieg. Zwischen 1960 und 1987 nahm damit der Dienstleistungssektor um 202,6 Prozent zu, hat sich in dieser Zeit also verdreifacht.

Umschichtung der Wirtschaft

Aus den prozentualen Anteilen der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftssektoren wird der Umschichtungsprozess in unserer Wirtschaft deutlich. 1960 waren insgesamt 45,6 Prozent der Bevölkerung erwerbstätig, heute sind es bereits 48,1 Prozent. Von diesen 48,1 Prozent sind noch 1,4 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft tätig, 21 Prozent in Industrie, Handwerk und Baugewerbe sowie 25,7 Prozent in den Dienstleistungsunternehmen. Die 1960 registrierte erwerbstätige Bevölkerung von 45,8 Prozent teilte sich zu 5,8 Prozent für Land- und Forstwirtschaft auf, zu 25,6 Prozent für Industrie, Handwerk und Baugewerbe sowie zu 14,2 Prozent für Dienstleistungen.

Neuer Name für das Abendtechnikum Vaduz

(pafl) – Die Regierung hat beschlossen, das Abendtechnikum Vaduz/Ingenieurschule HTL in «Liechtensteinische Ingenieurschule LIS» umzubenennen und die Verordnung über die Organisation des Abendtechnikums Vaduz entsprechend abzuändern. Die Regierung folgt damit einem Antrag des Technikumsrates, den Begriff «Abendtechnikum» durch «Ingenieurschule» zu ersetzen. Diese neue Bezeichnung umschreibe die Aus- und Weiterbildungsangebote dieser technischen Ausbildungsstätte treffender und hebe die «Höheren Technischen Lehranstalten» ab von den Technikerschulen TS. Zudem ist gemäss dem Schreiben des Technikumsrates an die Regierung im Zuge der europäischen Integration und Anerkennung der verschiedenen technischen Ausbildungsgänge eine einheitliche Bezeichnung aller berufsbegleitenden und vollzeitlichen Ingenieurschulen in der Schweiz und in Liechtenstein erforderlich. So haben die schweizerischen berufsbegleitenden Ingenieurschulen auf Beschluss ihrer Direktorenkonferenz den Begriff «Abendtechnikum» ebenfalls ersetzt durch «Ingenieurschule».



Die entscheidende Phase

(Copyright: Cosmopress)

Irak blockiert Friedensgespräche

Golfkrieg-Gespräche in New York auch gestern blockiert

(spk/dpa) Die Golfkrieg-Gespräche in New York schienen am Freitag weiterhin blockiert, weil der Irak auf seiner Forderung nach direkten Verhandlungen mit Teheran besteht. Die gegen die Mullah-Herrschaft im Iran kämpfende Nationale Befreiungsarmee hat sich, nach eigenen Angaben freiwillig, aus umkämpften Städten in Westiran zurückgezogen.

In einer Erklärung der iranischen Volks-Mudjahedin vom Freitag heisst es, die Befreiungsarmee habe sich von den Städten Karand und Islamabad im Westen Irans zurückgezogen, um den Sturz des Khomeini-Regimes vorzubereiten. Teheran will bei den 72 Stunden dauernden Kämpfen mindestens 4000 Mudjahedin und irakische Soldaten getötet oder verwundet haben.

Die Volksmudjahedin beziehen nach Angaben von Beobachtern am Golf militärische und strategische Hilfe von den irakischen Truppen. Ihre Verbände bestünden aus etwa 30 000 Guerillas. Sie werden von Massoud Radjavi, einem ehemaligen Anhänger Ayatollah Khomeinis, angeführt. Sein Ziel ist es, die religiös orientierte Herrschaft der Mullahs in Teheran durch eine weltliche Demokratie abzulösen.

Währenddessen blieben bei der UNO in New York die Friedensgespräche zwischen den Kriegsgegnern Iran und Irak seit Donnerstag unterbrochen. Nachdem die beiden Kriegsgegner bisher getrennte Gespräche mit UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar geführt hatten, beharrte der Irak auf seiner Forderung nach direkten Gesprächen mit seinem Gegner. Der iranische UNO-Botschafter Mohammad Mahallati sagte erneut, dass Iran Direktverhandlungen als Vorbedingung für einen Waffenstillstand nicht akzeptiere.

Sehen und gesehen werden
federer
Grünaustrasse 1-11 7100 Birsbrunn
Kontakt: 075 242 42